

»Hass auf die Parasiten«

Wie die Mittelschichten wieder für Solidarität und Gerechtigkeit gewonnen werden könnten. Ein Vorschlag

Die gegenwärtige Krise wird die Debatte um den Sozialstaat sehr bald beschleunigen: Der Staat verschuldet sich enorm, um das vom Finanzgewerbe ins Wanken gebrachte Wirtschaftssystem zu stützen. Um diese Schulden wieder auf ein erträgliches und verantwortbares Niveau zu verringern, wird das alte Lied bald wieder laut ertönen: Gebühren und Steuern hoch, soziale Leistungen runter. Das Projekt Sozialstaat wird erneut unter beträchtlichen Druck kommen.

Wie die Stimmung in diesem Lande ist, lässt sich an zwei bedeutenden Interventionen im Jahr 2009 und den Reaktionen darauf ablesen. Im Frühjahr plädierte der renommierte Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde dafür, die Ideen des Gemeinwohls und der Solidarität neu zu beleben. Es bedürfe eines Gegenmodells zu dem heutigen inhumanen Kapitalismus.

Die öffentliche Reaktion auf seine Intervention: kaum messbar, knapp über null.

Nach einer anderen Intervention in diesem Krisenjahr geht dagegen die Post ab. Der Philosoph Peter Sloterdijk zündelte: Der Sozial- und Steuerstaat («Kleptokratie») sei ungerecht, da er die Leistungsträger sehr belaste. Er plädiert gegen den »steuerstaatlich zugreifenden Semisozialismus«. Der Vorstoß von Sloterdijk ist nicht der erste. Mathias Döpfner, Vorstandschef des Medien-Konzerns *Springer*, hatte 2008 erläutert: »Die Steuern sind zu hoch. Vor einigen Jahrhunderten brachen Revolutionen aus, weil man den Leuten den Zehnten nahm. Heute nimmt der Staat die Hälfte.«

Der Jenaer Wissenschaftler Stephan Lessenich nimmt die Kritik am Steuerstaat sehr ernst: Die gehobenen Stände, die diese neue Bürgerbewegung gegen Steuern und Sozialstaat ausmachten, wüssten »weite Teile der arbeitnehmerischen Mittelschichten und des freiberuflichen Mittelstands hinter sich«. Die Wirklichkeit, die zu dieser Aussage gehört: In Deutschland bezahlen tatsächlich die qualifizierten Mittelschichten, deren Jahreseinkommen zwischen 50 000 und 70 000 Euro liegt, aufgrund der Steuerprogression prozentual die höchsten Steuern. Und sie spüren anhand ihrer leeren Geldbeutel die Politik, die von der rot-grünen Bundesregierung begonnen wurde und bis heute anhält: Man belässt den Sozialstaat, befreit jedoch die sehr Wohlhabenden und die Unternehmen von den Lasten der Finanzierung und bürdet sie allein den steuerzahlenden Mittelschichten auf. Und viele Untersuchungen zeigen: Wer Sozialleistungen bezieht, aber keine Beiträge einzahlt, ist nicht gut angesehen.

Dazu kommt: Die soziale Frage ist eine ethnische Frage geworden. Das mentale Fundament des Sozialstaates war einst die deutsche Nation. Nun sind die Grenzen weg und die Missbrauchsängste noch größer. Der US-Soziologe Richard Sennett spricht vom »Hass der modernen Gesellschaften auf Parasitentum«. Mehr als Verschwendung fürchte die Gesellschaft, »von ungerechtfertigten Ansprüchen ausgesaugt zu werden«.

Und die Mittelschichten erleben für sich und ihre Kinder, dass das Grundversprechen dieser Leistungsgesellschaft nicht mehr gilt: Leistung garantiert den sozialen Aufstieg nicht mehr. Damit ist ein Punkt erreicht, vor dem der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bereits Mitte der 1980er-Jahre warnte: Er sah die Achillesferse des Wohlfahrtsstaates im Sich-Abwenden der Mittelschichten und Leistungsträger, weil sie das Gefühl hätten, sie bezahlten via Steuern und Gebühren für den Sozialstaat und profitierten nicht von ihm.

So traf Böckenförde nicht den Nerv der Mittelschichten, er nervte sie. Deshalb versiegte seine Intervention. Den Nerv traf Sloterdijk. Seine Debatte hat Kraft, weil sie einen Resonanzboden unter sich hat.

Was tun? Tja, gute Frage.

Die erste Antwort: Nicht länger ignorieren, dass dem Sozialstaat seine Elite-Truppen abhandenkommen. Die Mittelschichten, seine Finanziere, fliehen.

Die zweite Antwort: Es ist auch das politische Krisenmanagement, das sie noch schneller rennen lässt. Die Wissenschaftler Frank Nullmeier und Frauke Hamann beschreiben das so: »Dem in der Krise machtvoll funktionierenden Staat schlägt Unbehagen, ja Misstrauen entgegen. Das staatliche Krisenmanagement wird als Schwäche erkennbar. Der Staat in seinem etatistischen Furor, von Banken und Autobranche erpresst, überzeugt nicht.«

Die dritte Antwort: Aus all dem den Schluss ziehen: Der Sozialstaat kann nur gehalten werden, wenn diese Schichten zurückgewonnen werden.

Die vierte Antwort: Es reicht nicht mehr, den jetzigen Sozialstaat zu verteidigen. Es muss eine Lösung gefunden werden, die die davonlaufenden Mittelschichten überzeugt.

Die fünfte Antwort: Es gibt eine gute Chance, diese Mittelschichten zu überzeugen, denn die Werte Solidarität und Gerechtigkeit üben unverändert Faszination aus. Aber sie werden in bürokratischen Systemen oft veraltet umgesetzt - und nutzen oft nicht denen, die auf Solidarität am dringendsten angewiesen sind.

So. Und nun? Ein Vorschlag. Verlagern wir die Debatte um einen neuen Sozialstaat von der Sphäre der Moral auf die Sphäre der Ökonomie. Denn: Eine Ursache der jetzigen großen Krise sind die Handelsungleichgewichte. Die einen verkaufen und exportieren, und die anderen konsumieren. Deutschland verkauft überall in der Welt Güter auf Teufel komm raus und konsumiert kaum; die Binnenkonjunktur liegt brach. Im eigenen Interesse und in dem der Weltwirtschaft muss Deutschland das ändern. Wie? Die deutsche Wirtschaft hat, verglichen mit Schweden, einige Millionen Arbeitsplätze zu wenig im Bereich der humanen Dienstleistungen: Bildung, Pflege, Gesundheit. Der Industriesoziologe Michael Vester hat berechnet: Im Jahr 2000 war in Schweden die Beschäftigung im technisch-industriellen Sektor um etwa sechs Prozent niedriger als in Deutschland, die Beschäftigung in den Humandienstleistungen um etwa den gleichen Prozentsatz höher. Den Arbeitsplatz, der in der schwedischen Industrie wegen der Steigerung der Produktivität wegfällt, den schaffen die Schweden im Bereich der Humandienstleistungen neu. Diese Arbeitsplätze sind gut ausgestattet, gut bezahlt und mit qualifizierten Arbeitskräften besetzt.

Deutschland praktiziert das Gegenmodell: Am Fließband von *Daimler* bauen die besten Facharbeiter dieser Republik Autos für den Export zusammen. Zwei Straßenzüge weiter kümmern sich mies bezahlte Pflegekräfte um demente Alte. Es gibt eine Lokomotive, mit der wir uns aus dieser Sackgasse der Inhumanität herausziehen könnten: der politische Lohn. Wir brauchen einige Millionen Arbeitsplätze mehr im Bereich der Humandienstleistungen. Es müssen gute Arbeitsplätze für gut ausgebildete und gut bezahlte Arbeitskräfte sein. Diese hohen Löhne gibt der Markt nicht her. Deshalb müssen dort, von der Öffentlichkeit initiiert und subventioniert, politische Löhne gezahlt werden. So wird Arbeit geschaffen und Arbeitslosigkeit verringert. Und noch mehr: Jetzt lernen die Kinder in kleineren Klassen, jetzt werden Kranke gut betreut. Das sind lebensdienliche Leistungen, von denen auch die Mittelschichten profitieren. Jetzt entsteht Solidarität - sichtbar und praktisch, eine Solidarität, die an der Idee der Leistung ansetzt. So würde die Binnenkonjunktur gestärkt und unsere Volkswirtschaft käme in eine gesündere neue Balance. So wären die sozialstaats-skeptischen Mittelschichten wieder zurückzugewinnen - auch bei höheren Abgaben. Mit einem ersten Schritt vom Wohlfahrtsstaat in eine neue Wohlfahrtsgesellschaft.

Arbeit in der Industrie wird gut bezahlt, Dienst am Menschen nicht: Das auszugleichen, wäre ein Beispiel für praktische Solidarität